

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1906

43 (20.2.1906)

Der Volksfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Badens.

Ausgabe täglich mit Ausnahme Sonntags und der gesetzlichen Feiertage. — Abonnementspreis: ins Haus durch Träger zugestellt, monatlich 70 Pfg., vierteljährlich 2.10. In der Expedition und den Abgaben abgeholt, monatlich 60 Pfg. Bei der Post bestellt und dort abgeholt 2.10. durch den Briefträger ins Haus gebracht 2.22 vierteljährlich.

Redaktion und Expedition: Luisenstraße 24. Telefon: Nr. 128. — Postzeitungsliste: Nr. 5144. Sprechstunden der Redaktion: 12—1 Uhr mittags. Redaktionschluss: 1/2 10 Uhr vormittags.

Inserate: die einseitige, kleine Zeile, oder deren Raum 20 Pfg., Lokal-Inserate billiger. Bei größeren Aufträgen Rabatt. — Schluss der Annahme von Inseraten für nächste Nummer vormittags 1/2 9 Uhr. Größere Inserate müssen tags zuvor, spätestens 3 Uhr nachmittags, aufgegeben sein. — Geschäftsstunden der Expedition: vormittags 1/2 8—1 Uhr und nachmittags von 2—1/2 7 Uhr.

Nr. 43.

Karlsruhe, Dienstag den 20. Februar 1906.

26. Jahrgang.

Vater Staat als Arbeitgeber.

Eine Denkschrift über die soziale Lage des im Tagelohn beschäftigten Personals der badischen Eisenbahnen ist dem Landtag und der Regierung von dem christlichen Eisenbahnerverband zugestellt worden. Diese Denkschrift enthält für den künftigen Staat ein neues, aber trotzdem ist sie recht wertvoll, denn sie bezieht sich auf die Tatsache, daß unsere Regierungen Klassenregierungen sind, bei welchen die Wünsche und Forderungen der Arbeiter immer auf den größten Widerstand des Eisenbahnerverbandes den stärksten Beweis. Der heutige Klassenstaat ist als Arbeitgeber einer der schlimmsten Ausbeuter, ein viel schlimmerer Ausbeuter als sehr viele privatkapitalistische Betriebe. Die Arbeiter im Privatbetrieb haben sich durch ihre Kämpfe gegen das Kapital vielfach die Anerkennung ihrer Forderungen erkämpft; die Arbeiter im Staatsbetrieb hatten bis vor wenigen Jahren nicht einmal eine Organisation; im gelobten Lande der Reichshauptstadt sind die Organisationen der Staatsarbeiter zum Zwecke der Erzielung günstigerer Lohn- und Arbeitsverhältnisse heute noch, wenn auch ungesetzlich, verboten. Soweit Organisationen der Staatsarbeiter bestehen, sind sie viel zu schwach, um einen Druck auf die Verwaltung zu üben, die gerade in der Verwaltung der Staatsarbeiter ausüben zu können, von der Anwendung der Strafe des Streiks gar nicht zu reden. Dazu von den Zentrums-„Arbeiterfreunden“ hineingetragene Forderungen der Organisation, die von vornherein eine einheitliche Aktion unmöglich macht.

Stein Wunder daher, wenn die Staatsarbeiter in ihrer großen Mehrheit auch im „Mutterstaate“ Baden ein menschenwürdiges Dasein freileben und wenn der Staat trotz aller Petitionen bis jetzt so viel wie nichts hinsichtlich der Verbesserung der sozialen Lage unserer Eisenbahner getan hat. Mit Recht beklagt sich die Denkschrift darüber, daß derselbe Staat, der über die Lage der in Privatbetrieben beschäftigten Arbeiter durch Erhebungen und kritische Darstellungen nicht vertritt, sich über die Lage seiner Arbeiter ins Dunkel verhilft. Der „Kernschritt“ durch die sozialen Verhältnisse des Eisenbahnerpersonals mit seinen „Durchschnitts-“ und „planmäßigen“ Angaben ist der reinste Sophismus auf die soziale Verhältnisse. Das sagt die Denkschrift zwar nicht, läßt es aber deutlich genug durchblicken. So müssen schon die Arbeiter selbst und auf ihre Kosten das Dunkel, in welches der „wohlwollende“ Vater Staat die soziale Lage seiner Arbeiter einhüllt, aufhellen.

Der die Denkschrift gelefen hat, wird, wenn er ehrlich ist, zugeben müssen, daß nicht zu viel gesagt ist, wenn es in den allgemeinen Betrachtungen der Denkschrift heißt, daß die Anforderungen des Dienstes der Eisenbahner in keinem Verhältnis zu ihrer Bezahlung steht und daß die große Mehrheit der Eisenbahner in den dürftigsten Verhältnissen lebt. Interessant, weil von christlichen Arbeitern herrührend, ist das Geständnis, daß die Arbeiterfrage nicht nur eine wirtschaftliche und soziale, sondern auch eine politische, und zwar eine politische Frage ist. Wir quittieren über dieses Geständnis, obwohl die christlichen Eisenbahner noch keineswegs die Konsequenzen aus dieser Auffassung gezogen haben. Das kommt nicht von dem Vater Staat mit seinen „Stützen der

Gesellschaft“ sorgt schon dafür, daß auch die christlichen Arbeiter die Notwendigkeit des Klassenkampfes begreifen lernen. Auch das Zentrum trägt das Seine dazu bei. Der neue Zolltarif mit seinen Folgen wird nach dieser Richtung Wunder wirken.

Ist es nicht eine Bestätigung dessen, was wir immer über den heutigen Klassenstaat gesagt und geschrieben haben, wenn die bei diesem Klassenstaat beschäftigten „christlich und monarchisch gearteten“ Arbeiter darum petitionieren müssen, daß die Löhne so verbessert werden, daß sie ausreichen, die Staatsarbeiter und ihre Familien ohne Entbehrung der nötigen Lebensmittel ernähren zu können? Und das geschieht vor dem unmittelbaren Infratreten des neuen Zolltarifs. Geht den Fall, die Löhne werden jetzt endlich aufgebessert, so ist fast mit Sicherheit anzunehmen, daß die durch den neuen Zolltarif eintretende Lebensmittelerhöhung die geringe Lohnzulage absorbiert. Dann sind die Eisenbahner genau so läbel daran, wie jetzt.

Der badische Staat zahlt seinen Eisenbahnerarbeitern vielfach noch Löhne, die ihnen nicht einmal ermöglichen, sich ordentlich satt zu essen. Und mit diesen Löhnen müssen Familien ernährt werden. Die erst im vorigen Jahre erlassene Lohnordnung setzt die Grundlöhne auf 2 M. bis 3,20 Mark fest, und diesen letzten Lohnsatz erhält der Arbeiter erst nach jahreslanger Dienzeit. Alle zwei, später alle drei und schließlich erst nach vier und fünf weiteren Dienstjahren folgt dem Anfangslohn die lächerlich geringe Zulage von täglich 10 Pfennigen. Und eine solche Lohnordnung diktiert der Vater Staat einfach und erklärt obdunkel, daß er die Pflicht nicht anerkennt, sich unter allen Umständen daran gebunden zu halten. Daß die Arbeiter ein Recht haben, bei der Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse mitzusprechen und mitzubestimmen, anerkennt der Staat ebenfalls nicht. Auf dem sogenannten Tagelohn baut der Staat seine famose Lohnordnung auf. Der ortsübliche Tagelohn aber ist bekanntermaßen das Lohnminimum, das nicht einmal zum dürftigsten Lebensunterhalt ausreicht. Wirklich, geringer als beim Arbeitgeber Staat kann das soziale Verhältnis nicht sein. Und dabei blähen sich unsere Staatsbureaucraten mit ihrem Wohlstand und ihrem sozialen Verhältnis auf, als marschieren sie in dieser Beziehung an der Spitze.

Die Denkschrift enthält einige Arbeiterbudgets, die einen geradezu klassischen Beleg für den „ungeheuren Wohlstand“ der Arbeiter liefern, von dem der Finanzminister vor einigen Tagen sprach. Auch in bezug auf die Arbeitszeit herrschen im staatlichen Eisenbahnbetrieb noch die größten Mißstände. Für die Werkstättenarbeiter ist die Arbeitszeit geregelt, d. h. auf 9 Stunden festgesetzt. Aber im eigentlichen Eisenbahnbetrieb sind die überlangen Arbeitszeiten noch gang und gäbe. Hier bestehen noch Mißstände, die man in Privatbetrieben kaum noch findet. Und es ist der „soziale“ Vater Staat, der seine Leute in so unverantwortlicher Weise ausbeutet. In der Denkschrift sind die Verhältnisse der verschiedenen Kategorien der Eisenbahnenbediensteten im einzelnen dargestellt. Es ist ein Bild sozialen Elends, das uns hier entrollt wird.

Nun hat die Regierung jetzt allerdings eine Nachtragsforderung von 1 1/2 Millionen für die Eisenbahnerangelegenheit angekündigt. Es kommt das auf eine 10prozentige Lohnerhöhung heraus. Dieser reicht aber kaum aus, um die Verteuerung der Lebensmittel, die wir in letzter Zeit erlebt haben, auszugleichen. Dabei steht aber eine noch größere Lebensmittelerhöhung unmittelbar bevor. Es reicht also die vorgezeichnete Summe nicht entfernt dazu aus, die soziale Lage der Eisenbahner zu heben, und darauf sind doch die berechtigten Forderungen der Eisenbahner gerichtet. Hier tritt die falsche Sparpolitik der Regierung offensichtlich zutage. Es wird bei Beratung der Petitionen unserer Staatsarbeiter und Bediensteten im Landtag von den sozialdemokratischen Abgeordneten auf diese Tatsachen natürlich aufmerksam gemacht werden. Insbesondere werden sie als arbeiterfreundliche Zentrum bei dieser Gelegenheit festnageln. Denn das Zentrum hat die Lebensmittelerhöhung in der Hauptsache auf dem Gewissen, das selbe Zentrum, das die Arbeiter mit Almosen abspießt, die es den Agrariern mit vollen Händen gibt. Die Arbeiterpolitik des Zentrums ist eine Politik des Arbeiterverrats. Dafür liefert die Denkschrift des christlichen Eisenbahnerverbandes den schlagendsten Beweis.

einzelnen Zellen. Auch in gesundheitlicher Beziehung ließe daselbst vieles zu wünschen übrig. Abg. Fräulein (frei.): Im großen und ganzen geht durch die Justizverwaltung der Zug, mit anerkannten Mißständen aufzuräumen, wenn sie auch noch nicht alle anerkannt worden seien. Die Bemerkung der Nichterfüllung entspreche nach lange nicht dem vermehrten Richterstand. Vor allem handle es sich darum, eine rasche Rechtsprechung zu ermöglichen. Zur Frage der bedingten Vergnadigung möchte er bemerken, daß dieselbe gutes gewirkt, doch möchte auch er dieselbe auf gesetzliche Grundlage stellen und zwar der bedingten Verurteilung. In der bedingten Vergnadigung liege die Gefahr des Scheiterns zu einer Wiederholung der glückselig befähigten Kabinetsjustiz und zugleich einer Schwächung des Verantwortlichkeitsgefühls des Richters. Die Kommission zur Umarbeitung der Strafprozessordnung sei an den grundlegenden Lebeln vorbeigekommen und er hoffe nicht, daß die Vorschläge der Kommission Gesetz würden. Abg. Kopf (Zentr.) tritt gleichfalls für eine partielle Revision des Strafgesetzbuches ein; das harte Urteil des Vorredners über die Kommission der Strafprozessordnung sei doch zu voreilig gewesen, hier müsse man doch die Schlussarbeit abwarten. Redner ist entschiedener Anhänger der Berufung in Strafsachen. Wenn auf Reichswegen die Gewährung von Däten für Schöffen und Geschworene nicht zu erreichen sei, so werde es nicht gegen das Gerichtsverfassungsgesetz verstoßen, wenn die Einzelstaaten hier vorgehen. Mit dem Charakter des Ehrenamts verstoße jedenfalls die Gewährung einer Entschädigung nicht. Den Klagen über die mangelhaften Wartezimmer müsse er zustimmen, hier zeige unser Publikum eine wahrhafte Engelsdummheit. Auch in der Einhaltung der Termine sei im Interesse der Zeugen eine größere Rücksicht geboten und sollte hier der oberste Gerichtshof mit gutem Beispiel vorangehen. Abg. Wittum (all.) möchte vom Landtagsstandpunkt aus einige Bemerkungen zum Justizetat machen und dabei betonen, daß manchem Urteil das Volk verständnislos gegenüberstehe. Die kleinen Eigentumsvergehen würden oft viel zu hoch bestraft, während die empfindliche Arbeit, Angriffe auf die bürgerliche Ehre der Arbeitenden, brutale Angriffe auf Leben und Gesundheit von Mensch und Tier eine viel zu geringe Ahndung fänden. Dieser Gegensatz zwischen dem harten Wortlaut des Gesetzes und dem bürgerlichen Rechtsbewußtsein sollte durch eine gesetzliche Reform beseitigt werden. Redner gibt sodann eine dringliche Schilderung des Verfahrens bei kleinen gewerblichen Vergehen. Das Formelwesen sei hier geradezu ein unerhörtes und auch die Kritik, die oft in Schöffengerichtsverhandlungen von den vorstehenden Anwälten geübt werde, sei ganz unmäßig und ungerechtfertigt obdunkel. Weiter tritt Redner für die Errichtung eines Landgerichts in Forstheim mit seinen 60 000 Einwohnern und seiner weltumspannenden Industrie ein. Der zu Forstheim gehörende Bezirk umfasse weitere 60 000 Einwohner. Die unzulässigen Zustände würden durch Errichtung eines Landgerichts sofort beseitigt. Es wird die Sitzung 1/2 9 Uhr abgebrochen. Morgen 9 Uhr Fortsetzung.

Badischer Landtag.

(30. Sitzung.) # Karlsruhe, 19. Febr. Präsident Wildens eröffnet 5 Uhr die Sitzung. Am Regierungstisch das Justizministerium. Eingegangen sind verschiedene Petitionen, darunter solche über die Einkommensteuern und einer Anzahl Brauereien, die Verhältnisse in der Staatsbrauerei Rothaus betr.

Fortsetzung der Beratung des Justizetats. Abg. Meier-Wannheim bedauert, daß bei dem ständigen Steigen der Geschäfte des Landgerichts Mannheim eine weitere Erweiterung nicht bewilligt worden sei. In Abhilfe sei die Verrechnung einer besonders starken Nachtragsbudget erfüllt werde. Des weitern beklagt Redner eine größere Kontinuität in der Besetzung der Stellen der Richter der Kammer für Handels- und Handelssachen und wendet sich gegen das Fortbestehen des veralteten Systems der Rekursprüfung für die Unterbeamten. Ein liberales Land sollte eine solche Bestimmung sobald wie möglich aufheben.

Abg. Kenech (Zentr.) spricht sich mit aller Entschiedenheit für die Beibehaltung der Schöffengerichte aus, deren Abschaffung auch einen politischen Rückschritt bedeuten würde. Eine Reform einzelner Bestimmungen sei zu erstreben. Besonders begrüße er den Entschluß des Ministeriums, wonach bei der Auswahl der Geschworenen nur auch Schöffen auf die arbeitenden Klassen Rücksicht genommen werden solle. Die Einführung von Däten sei wünschenswert. Des weitern tritt Redner für eine Reform des Strafgesetzbuches ein, besonders in der Frage der Strafminimierung für Eigentumsvergehen. Den Eid sollte man im Gerichtssaal seines religiösen Charakters entkleiden. Die Revision des Gehaltsvertrags sei auf dem nächsten Landtag vorzunehmen, möge die Finanzlage sein, welche sie wolle. Ueber den Fall Koch könne er die Auffassung des Ministers nicht teilen; der Beamte, der im Bürgerauschuss Rücksicht auf die Kolonialität nehme, verlege noch seiner Meinung die Pflicht, die er als Gewählter übernommen. Sehr wünschenswert sei eine bessere Behandlung des Publikums, das oft Stundenlang warten müsse, bis es an die Reihe käme. Auch die Aufstellungsbürokratie für das Publikum in den Gerichtsgebäuden seien noch recht mangelhaft. Redner beklagt die Einführung der Slenographie für die Protokollanten im Sinne einer rascheren Erledigung vieler Gerichtsschäfte und tritt gleichfalls für die Einführung von Handkassettensystemen ein. Die eingereichte Petition der Geschäftsfreibebeamten ist zu unterrichten. Die Kammerverhältnisse des Karlsruher Landgerichts lassen eine Erweiterung der Lokaltäten dringend wünschenswert erscheinen, wodurch auch das Amtsgerichtsgebäude entlastet werden könnte. Sehr wünschenswert sei vor allem, daß im Amtsgerichtsgebäude die Gasbeleuchtung eingeführt werde und zwar nicht nur für die Gänge und Arbeitsräume, sondern auch für die

einzelnen Zellen. Auch in gesundheitlicher Beziehung ließe daselbst vieles zu wünschen übrig. Abg. Fräulein (frei.): Im großen und ganzen geht durch die Justizverwaltung der Zug, mit anerkannten Mißständen aufzuräumen, wenn sie auch noch nicht alle anerkannt worden seien. Die Bemerkung der Nichterfüllung entspreche nach lange nicht dem vermehrten Richterstand. Vor allem handle es sich darum, eine rasche Rechtsprechung zu ermöglichen. Zur Frage der bedingten Vergnadigung möchte er bemerken, daß dieselbe gutes gewirkt, doch möchte auch er dieselbe auf gesetzliche Grundlage stellen und zwar der bedingten Verurteilung. In der bedingten Vergnadigung liege die Gefahr des Scheiterns zu einer Wiederholung der glückselig befähigten Kabinetsjustiz und zugleich einer Schwächung des Verantwortlichkeitsgefühls des Richters. Die Kommission zur Umarbeitung der Strafprozessordnung sei an den grundlegenden Lebeln vorbeigekommen und er hoffe nicht, daß die Vorschläge der Kommission Gesetz würden.

Abg. Kopf (Zentr.) tritt gleichfalls für eine partielle Revision des Strafgesetzbuches ein; das harte Urteil des Vorredners über die Kommission der Strafprozessordnung sei doch zu voreilig gewesen, hier müsse man doch die Schlussarbeit abwarten. Redner ist entschiedener Anhänger der Berufung in Strafsachen. Wenn auf Reichswegen die Gewährung von Däten für Schöffen und Geschworene nicht zu erreichen sei, so werde es nicht gegen das Gerichtsverfassungsgesetz verstoßen, wenn die Einzelstaaten hier vorgehen. Mit dem Charakter des Ehrenamts verstoße jedenfalls die Gewährung einer Entschädigung nicht. Den Klagen über die mangelhaften Wartezimmer müsse er zustimmen, hier zeige unser Publikum eine wahrhafte Engelsdummheit. Auch in der Einhaltung der Termine sei im Interesse der Zeugen eine größere Rücksicht geboten und sollte hier der oberste Gerichtshof mit gutem Beispiel vorangehen.

Abg. Wittum (all.) möchte vom Landtagsstandpunkt aus einige Bemerkungen zum Justizetat machen und dabei betonen, daß manchem Urteil das Volk verständnislos gegenüberstehe. Die kleinen Eigentumsvergehen würden oft viel zu hoch bestraft, während die empfindliche Arbeit, Angriffe auf die bürgerliche Ehre der Arbeitenden, brutale Angriffe auf Leben und Gesundheit von Mensch und Tier eine viel zu geringe Ahndung fänden. Dieser Gegensatz zwischen dem harten Wortlaut des Gesetzes und dem bürgerlichen Rechtsbewußtsein sollte durch eine gesetzliche Reform beseitigt werden. Redner gibt sodann eine dringliche Schilderung des Verfahrens bei kleinen gewerblichen Vergehen. Das Formelwesen sei hier geradezu ein unerhörtes und auch die Kritik, die oft in Schöffengerichtsverhandlungen von den vorstehenden Anwälten geübt werde, sei ganz unmäßig und ungerechtfertigt obdunkel. Weiter tritt Redner für die Errichtung eines Landgerichts in Forstheim mit seinen 60 000 Einwohnern und seiner weltumspannenden Industrie ein. Der zu Forstheim gehörende Bezirk umfasse weitere 60 000 Einwohner. Die unzulässigen Zustände würden durch Errichtung eines Landgerichts sofort beseitigt. Es wird die Sitzung 1/2 9 Uhr abgebrochen. Morgen 9 Uhr Fortsetzung.

Badische Politik.

Die fiskalische Finanzpolitik.

deren ganze Weisheit darin besteht, am falschen Ende zu „sparen“, wodurch die Volkswirtschaft und Kultur in Mitleidenschaft gezogen werden, wurde am Samstag auch in der Ersten Kammer beurteilt. Es waren die Oberbürgermeister Winterer von Freiburg und Oberbürgermeister Wed von Mannheim, die das hallohe Gerede von der Schuldenwirtschaft der Städte überließen. Herr Wed erklärte u. a., daß wenn die Stadt Mannheim eine so fiskalische Finanzpolitik befolgt hätte, wie sie von der Regierung als richtig empfohlen wird, in Mannheim jetzt 2 M. 11 M L a g an Erbsen erhoben werden müßten. In der Zweiten Kammer hat bekanntlich der Staatsminister mit den Schulden der Stadt Karlsruhe operiert, worauf ihm Genosse Kolb zutreffend antwortete, daß die Städte ihre Kulturaufgaben gar nicht

Leibeigen.

Roman aus der Zeit der russischen Leibeigenschaft. Von Wilhelm Braunsdorf. (Nachdruck verboten.)

(Fortsetzung.) Ich bitte dich sogar darum. Erzähle mir aus deiner Vergangenheit,“ erwiderte Wladimir. „Wellest du von der großen Königin Tamara?“ „Wie du willst.“

Sie ist für alle kaukasischen Völker, die sich dem Kartulitum bezähnen, die Begründerin ihres Stammes. Von ihr leiten sie ihre Abstammung von Jahrtausenden her ab. Zur Zeit der großen Königin Tamara herrschte fern im Süden eine andere Königin über ein großes Land. Das war Schemiram, die Königin Schemiram der lastianer Volksstämme. Schemiram war die schönste, Tamara aber die beste Frau.

Erstere eroberte viele Länder um sich her und jeder König, den sie besiegte, mußte ihr Gatte werden. Sie ließ ihn töten, wenn sie seiner überdrüssig war, und ließ ihn in den prächtigen Gärten ihrer Stadt Grabdenkmäler errichten.

Unsere große Königin Tamara hatte einen tapferen Gatten namens Arrial. Von dessen Ruhm vernahm Schemiram und sie bot ihm ihr Land und ihre Hand an. Arrial aber schlug beides aus, denn er habe bereits ein Land und eine Königin. Schemiram, durch die schroffe Abgabe in ihrer Eitelkeit beleidigt, wollte sich seiner mit Gewalt bemächtigen und zog mit einem mächtigen Heere gegen Arrial. Dieser warf in der Schlacht Schild, Helm und Panzer ab, um besser kämpfen zu können. Er fiel. Seine Leiche wurde vor Schemiram gebracht, die, untröstlich über den Verlust, ihn in ihre Arme nahm und ihre Magier berief, damit sie ihn wieder zum Leben erweckten.

Doch ihre Kunst war vergeblich. Schemiram ließ in der Grabstätte ihrer Gatten für Arrial das prächtigste Grabdenkmal errichten, der Königin Tamara aber ließ sie sagen: „Da du mir deinen

Gatten nicht gabst, so komme ich, dein Land zu nehmen, wie ich schon die Männer deines Volkes töten ließ.“ Aber die Königin Tamara ließ alle Frauen und Mädchen ihres Reiches mit Helm und Panzer, mit Schwertern und Pfeilen zu Pferde steigen, errichtete vor den kaukasischen Burgen Knochenwälle aus den Leichen der afrikanischen Krieger und ließ Schemiram sagen: „Die tartarischen Frauen haben deine Krieger getötet, dich aber wird ein Wesen töten, das du am meisten liebst.“

Ihre Worte gingen in Erfüllung. Schemiram wurde von ihrem eigenen Sohne getötet. Alle Nachbarvölker aber begannen Tamara zu fürchten und sprachen mit Bittern von den Frauen des Kartulitammes, die zu Pferde kämpften und mit Pfeilen schießen. Das ist die Geschichte von der großen Königin Tamara, wie sie von den Sängern Kartulitams auf ihren Wanderungen besungen wird.

„Das ist doch merkwürdig, daß auch bei den orientalischen Völkern die Sage von den Amazonen anzutreffen ist,“ bemerkte Wladimir, welcher der Erzählung Atalms mit großem Interesse gefolgt war. „Eine ähnliche Sage erzählen sich die Griechen.“

„Das ist aber keine Sage, Herr — das ist eine wahre Geschichte.“

„So wollen wir es Geschichte nennen. Doch erzähle mir auch etwas aus der neuen Geschichte deines Landes und deines Stammes.“

Atalm seufzte. „O Herr, die ist traurig. Seit der Zeit der Königin Tamara verfolgt das Unglück unser Land. Eure Gelehrten sagen, daß unsere Vorfahren die „Kocher“ waren. Mag sein, ich verstehe nichts von Euren Gelehrten. Den Namen Kocher oder Kase führen wir seit der Geburt Eures Seelendes Christus. Später überfluteten die Timurs unser schönes Land und damit begann die traurige Zeit. Bürgerkrieg, Mord und Brand verheerten die kaukasischen Länder. Wo der Eroberer mit seinen würgenden Scharen gewesen, ließ er nichts hinter sich als Wüsteneien, dampfende Ruinen und Schädelpfauen.“

Was Timur begonnen, vollendeten seine Nachfolger. Mehrere Jahrhunderte dauerten diese Kriege an, bis die Türken in das Land kamen und die Grausamkeiten fortsetzten. Unter der Tyrannei ihrer blutdürstigen Herrscher und Herren brach der Geist des unterdrückten Volkes zusammen, sodas die Gemohnheit selbst Kerker, Sklaventum und Leiden erträglich machte; man hat sich so daran gewöhnt, daß man noch heute nicht murren hört.

Unser Land ist ein fruchtbares Land und doch herrscht darin das Elend und der Hunger. Was der lastianer Bauer baut, gehört nicht ihm, sondern seinem Halbherrn oder Sumpfling. Das beste nimmt sich dieser, und wenn dessen Sacklust befriedigt ist, so ist immer noch der Fremde da, der dem Bauer auch das Letzte nimmt. Unter der Herrschaft deiner Kaiser ist es nicht besser geworden (die eine Hälfte Kartulitams ist noch heute russisch, die andere Hälfte türkisch). Im Unglück ist kein großer Unterschied.

Vor dem Jahre 1804 (soo Ausfland Kartulitams unterwarf), hatte der Dabian (Oberhaupt) das Recht, über Leben und Tod seiner Untertanen zu verfügen. Dieses Recht ist ihm seitdem entzogen und er erkennt die Oberherrlichkeit des russischen Kaisers an, doch blieb er immer noch gewissermaßen Selbstherrlicher und brandschatzte die Untertanen nach Willkür bis auf den heutigen Tag. Der lastianer Bauer ist nicht besser daran, wie bei Euch der Leibeigene. Alle die unzähligen Abgaben und Frondienste sind bei uns durch Wohlthätigkeit nicht strenger geregelt. — Ich wanderte aus, Herr, um hier ein erträglicheres Leben zu suchen — aber auch hier beginnt bereits dieselbe Bedrückung.“

Atalm hatte sich in ein zorniges Feuer geredet. Er sprang auf und griff nach seinem Feuerrohr. Wladimir folgte seinem Beispiele und legte, während seine Augen mitleidig auf dem Gesicht des Russen ruhten, seine Hand begütigend auf dessen Schulter.

„Wir müssen eilen, Herr, um vor Mitternacht ein Nachtquartier anzutreffen.“

Draußen schlangen sich die beiden auf die bereitstehenden Pferde.

Es waren zwei echt kaukasische Pferde, deren staunenswerte Anpassung an das zerflühteste Terrain den Bergbewohnern die gefährlichsten Felsenwege passierbar macht und die darum ihre unzerstörlichen Gefährten sind, denn der Kaukasier zeigt sich selten zu Fuß.

Und das kaukasische Pferd besitzt Geist und Verstand. Es vermag mit den Gebirgsbewohnern gemeinschaftlich zu fühlen. Gleich seinem Herrn liebt es die Freiheit und das Geben nach eigenem Gutdünken. Sommer und Winter bleibt es im Freien und erträgt die größten Strapazen. Ganz allein erpäht es den Weg und sucht geeignete Pfade nach eigenem Ermessen auf. Es strauchelt nicht und fürchtet keine Gefahr. Selbst des nachts vermag es sich im dichtesten Urwald zurechtzufinden. Fesseln und Halfterstricke hindern es nicht, denn es geht nicht durch und kommt auf einen bestimmten Pfiff sofort herbei.

Wladimir und Atalm schlugen einen stillen, lautlosen Waldweg ein, der eine Schöpfung von Menschenhand war. Die Bäume waren hier auf eine Breite ausgerodet, daß drei Reiter neben einander Raum fanden.

Neben ihnen führten zwei lebende grüne Mauern zu einem Bergkamm empor. Linden-, Eichen- und Kastanienbäume in riesigen Dimensionen wölben ihre gewaltigen Kronen über Grundholz und flackerndem Gestrüpp, mit denen der Waldgrund bedeckt war. Die ungeheuren Schlangen der wilden Weinrebe vereinten sich hoch oben in den Wipfeln der Bäume mit den ewig grünen Gehäusen hundertjähriger Eichen und dieses bildete ein endloses finsternes Labyrinth, in welches kein Sonnenstrahl zu dringen vermochte. Solche Wälder weist in Europa nur der Kaukasus auf. Kein Sturm ist imstande, diese Wildnis niederzuwerfen, und wo ein Weg in dieses geheimnisvolle Reich führt, da ist derselbe dunkel wie in einem Höllenschlund — nur für die Tiere geeignet, deren Augen im Dunkeln leuchten. (Fortsetzung folgt.)

Goldene Medaille
den.
1.80
1.80
1.80
erlinge,
Pfg.
20 Pfg.
74
Co.
stellen.
lechner
Mateur
bei
u. Adler.
lieferung
von 800
här
behoft ist zu
gehote hierauf
mit entpreisen
bis längstens
6. Februar
11 Uhr,
neben Stelle
aus die n
und sind
17. Februar
u. Wichhof

Hätten Wfen können, und trotzdem höhere Umlagen erheben müßten, wenn sie finanzpolitisch so operiert hätten, wie der deutsche Staat, der heute ein beachtliches kulturelles Defizit aufzuweisen hat.

Der Finanzminister hat in der Debatte mit den Vertretern der Städte sehr schlecht abgeschnitten. Leider hat er dafür die Genugtuung, daß in der Zweiten Kammer, der eigentlichen Volksvertretung, ihm die Mehrheit der Abgeordneten Befolgung leistet. Da ist es insbesondere das „Finanzgenie“ des Zentrums, der Abg. Gieseler, der mit seiner Partei die falsche Sparpolitik grundsätzlich gutheißt. Es ist auch das bequeme, sich die Prinzipien des jeweiligen Finanzministers zu eigen zu machen. Aber das Volk fährt dabei nicht gut, das zeigen die Zustände in unserer Volksschule, die zum Erbarmen schlecht sind und die auf viele Jahre hinaus keine wesentliche Besserung werden. Das selbe erleben wir jeweils bei unseren Eisenbahnen. Auch da liegt das falsche Prinzip nur deshalb, wenn die Leute, die glauben, sie allein verständen diese Dinge, über die volkswirtschaftlichen Prinzipien, die heute eine so tiefenfeindende Rolle in der Staatswirtschaft spielen, nicht genügend unterrichtet sind. Man beachte jetzt nur, wie sie auf das Bahnmateriale der Denkschrift über die Personalreform hereinfallen. Wir werden dieses bürokratische Maßwerk, das geradezu auf die Dummheit spezialisiert, demnächst kritisch unter die Lupe nehmen. Daß man so etwas der Volksvertretung anbieten mag, zeigt, wie die Herren Bureaucraten die Intelligenz der Volksvertreter einschätzen.

Wahl und Sozialdemokratie bei den Nachwahlen.
Unsere Behauptung, daß der Wähler im 39. Bezirk verlor, hat in liberalen Kreisen einiges Unbehagen hervorgerufen, umso mehr, als der Beobachter in begreiflicher Freude diese Feststellung in sein Kampfschema gegen den Wähler aufgenommen. Aber Tatsachen sind nun einmal Tatsachen, und selbst, wenn sie unangenehm sind, müssen sie festgestellt werden. Lassen wir wieder Zahlen sprechen:

	19. Oktober 1905	16. Februar 1906
Bruchhausen	37	42
Ettlingenweiler	34	32
Wörth	232	256
Reinburgweiler	44	41
Oberweier	10	1
Schultheisbad	14	10
Eulzbach	6	5
Böllersbach	—	13
Bürrersheim	12	7
Grünwinkel	190	193

Nach diesen Zahlen hatte die Landeszeitung keine Veranlassung zu schreiben:

Es ist eine ganz willkürliche, durch nichts begründete Annahme, wenn der Volksfreund behauptet, daß die Sozialdemokratie aus eigener Kraft 300 Stimmen weiter aufgebracht hat. Man kann zugeben, daß die Liberalen bei größerem Wahlerfolg eine weit größere Stimmenzahl in die Wahlschale hätten werfen können. Allein, wenn dies nicht geschehen ist, so mögen sich die Sozialdemokraten bei ihren Genossen in Bonndorf-Waldshut und nicht zuletzt bei der Mannh. Volkstimme bedanken. (Unser Parteiblatt in Mannheim hatte mit Recht geschrieben, daß das Stichwahlkommen sich nur auf den 28. Okt. bezog.)

Also eine kleine Rede für Bonndorf und Bruchsal. Da ist es erklärlich, wenn die freisinnige Neue Bad. Landesztg. ihren Parteifreunden die gute Lehre gibt:

Ihr Liberalen, laßt Euch mit der Sozialdemokratie nicht zu tief ein! Denkt an Eure bürgerlichen Wähler, die von der „revolutionären Natur des Proletariats“ nichts wissen wollen, und stellt Euch auf die eigenen Füße! Eine energische Rettung der liberalen Grundzüge wird im Bürgerturn stets einen Reiznanzboden finden.

Recht so; auch das Proletariat stellt sich auf eigene Füße und geht wieder allein seines Weges. Das ist auch eine Lehre der Nachwahlen!

Zu diesem Kapitel schreibt man uns noch aus Daxlanden: Wie aus den Wahlfisern vom 19. Oktober und 16. Februar ersichtlich ist, hat der Wahlaufruf des Wählervereins im ganzen Wahlkreis mit wenig Ausnahme eine Wirkung nicht gehabt. Der Bad. Landesbote meint zwar, daß die 300 Stimmen, welche wir am 16. Februar weiter erhalten haben, nicht alle den Rekruten der Sozialdemokratie zuzuschreiben sind und führt als Beweis die Zahlen von Forchheim und Malsch an. Warum hat denn der Bad. Landesbote nicht auch noch Daxlanden dabei angeführt? Wenn man sich doch die Zahlen aus Daxlanden betrachtet, so könnte man ja meinen, daß sämtliche Wähler sich auf uns gestimmt haben. Aber weit gefehlt. Jeder, der die politischen Verhältnisse hier kennt, ist sich ohne Zweifel darüber klar, daß die meisten von den am 19. Oktober abgegebenen Wahlstimmen am 16. Februar auf das Zentrum gefallen sind. Dafür sind die heiligen Herren Demokraten — pardon — meisterten Zentrumsler zu Genüge bekannt. Ja, wenn läßt der Vorstand dieser Demokraten erklärt, daß er unter keinen Umständen für unsere Genossen 200 Stimmen werbe und dabei bemerkt, die Wahl wird nicht so gut für uns ausfallen, dann ist jedes Wort des Besessenen, welches der Bad. Landesbote vom Volksfreund haben will, überflüssig.

Nun schreibt ein Korrespondent des Bad. Beobachters ganz spöttlich, daß wir auf 500 Stimmen rechneten, aber nur 433 erhalten haben. Er meint daher, daß von einem Fortschreiten der Sozialdemokratie keine Rede sein könne, da wir die Wahlstimmen wahrscheinlich alle erhalten haben. Was nun die Rechnung von 600 Stimmen anbelangt, so möchten wir nur erwidern, daß wir auf ein solches Geschreibsel nicht näher eingehen werden. Das können wir aber diesem großen Politikus und Redensflinker verraten, daß wir mit unserem Resultat sehr zufrieden sind, da wir überzeugt sind, daß wir diese 433 Stimmen bis auf 8-10 Wahlstimmen aus eigener Kraft erobert haben. Dieser Pfarrhauskorrespondent hat überdies gar keinen Anlaß, sich so spöttlich über unser Resultat anzulassen, denn wie uns der heilige Lokalwirt der schwarzen Partei verraten hat, rechnete das Zentrum auf 300 Stimmen, und hat es dann mit Hilfe der Wähler nur auf 246 gebracht. Also Verzeihlicher, nur nicht so spöttlich. Oder steht darin ein gewisser Herrger über unsere hohe Stimmenzahl? Wir haben in den nächsten Tagen wieder Gelegenheit, zu zeigen, was die Parteien im Lande sind, aus eigener Kraft aufzubringen. Wir möchten uns hier nur das direkte Gemeindegewinn an die Hand nehmen. Wir würden schon dafür danken, daß solche Männer in die Gemeindevorstellung gewählt würden, welche nicht nach der Pfarrhausgasse laufen, sondern auf dem Weg des kulturellen Fortschritts stehen und diesbezüglich auf das Wohl der heiligen Einwohnerhaft bedacht sind.

Als Scharfmacher
publiziert sich in der Ersten Kammer Geh. Konzell. Auf dem letzten Landtag hat er gegen die Eisenbahnarbeiterorganisationen scharf gemacht, diesmal sucht er die Regierung gegen die Beamten und ihre Familienangehörigen zu machen. Der Herr ist selbst Beamter des badischen Staates, allerdings einer von der höchsten Gehaltsklasse, die es bekanntlich nie nötig haben, Petitionen an den Landtag einzureichen, oder gar Verammlungen abzuhalten. Die Herren bekommen ihre Gehaltsaufschreibungen aus dem Präsidentenbüro. Um so abgesehen ist es, wenn ein solcher Herr sich als Scharfmacher gegen diejenigen wagt, die um ein paar

Mark Gehalts- oder Lohnzulage einen jahrzehntelangen Kampf führen müssen.

Der neue Personentarif.

Bei der unter Zugleichung der beiden vom Groß-Landesgewerbeverband gewählten Mitglieder des Eisenbahnrats stattgefundenen Beratungen der 4 badischen Landwerkskammern über die von der Groß-Generaldirektion der bad. Staatseisenbahnen ausgearbeitete Denkschrift über die Personalentartreform wurde einstimmig beschlossen, die beiden anwesenden Mitglieder des Eisenbahnrats zu ersuchen, daß sie einzutreten, daß der für die 3. Klasse in den Personentarifen nach der Absicht der Groß-Generaldirektion zur Einführung gelangende 2 Pfg.-Tarif auch für Schnellzüge Geltung erhalten soll mit der Maßgabe, daß die zwischen den Verwaltungen vereinbarten Sätze für die 3. Klasse und zwar in Zone 1 (bis 75 Kilometer) 25 Pfg., für die Zone 2 (von 76-150 Km.) 50 Pfg. und in Zone 3 (über 150 Km.) 1 Mk. erhoben werden sollen, sofern aber hierfür keine Aussicht vorhanden sein sollte, dahin zu wirken, daß der Satz für die 3. Klasse für Schnellzüge auf 3 Pfg. per Km. ohne Zonenzuschläge festgesetzt wird.

Die nächste Sitzung des Eisenbahnrats findet am 23. Februar statt. Tagesordnung: Eisenbahntarifreform. Am 22. Februar ist hier in gleicher Angelegenheit eine Zusammenkunft der Vertreter der 4 Handelskammern des Landes.

Minister v. Marshall teilt in einem Schreiben an die 2. Kammer mit, daß er die Interpellation der Abg. Kolb und Genossen, soweit sie die untrübe Mittelung der Denkschrift über die Personalentartreform an den Landtag betreffe, durch die inzwischen erfolgte Ueberwindung dieser Denkschrift als erledigt betrachte. — Die sozialdemokratische Fraktion ist darüber anderer Ansicht.

Für die vierte Wagenklasse

versuchen gewisse Herren in der Ersten Kammer Stimmung zu machen. Darunter auch der vielfache Millionär Bürlin. Diese Herren suchen die 1. Klasse und zwar wie bekannt, zum Teil auf Kosten der Passagiere 3. Klasse. Es ist deshalb ein recht starkes Stück, wenn gerade von dieser Seite den Minderbemittelten zugemutet wird, sich im Viehwagen transportieren zu lassen. Herr Bürlin wird die Antwort gelegentlich in der Zweiten Kammer bekommen. Da hört denn doch schon verschrieenes auf, wenn solche Leute für die Einführung der 4. Wagenklasse Propaganda machen, Leute, welchen die 2. Klasse noch zu plebejisch ist.

Abgeblüht

mit seiner Klage gegen den Volksfreund ist Herr Ratfischer Wirt in Furtwangen. Das Bezirksamt Kriberg, bei welchem Herr Wirt die Klage gegen den Volksfreund anhängig gemacht hatte, ließ Erhebungen durch die Gendarmerie anstellen, inwieweit die Anschuldigungen gelegentlich der Bürgerausführung im November v. J. in bezug auf Herrn Wirt zutreffend seien. Das Resultat wird Herr Wirt sicherlich nicht sehr erfreuen. So kam es, daß Herr Wirt mit seiner Klage abgewiesen wurde. Der Zentrumstern, der hier in letzter Zeit namentlich bei Wahlen leuchtete, ist nun etwas verblassen, bis ihn vielleicht die Waldmichel- und Rader-Garde wieder einmal blank putzen.

Deutsche Politik.

Ein Kulturdocument

Ist in den Schaufenstern verschiedener preussischer und sächsischer Parteibuchhandlungen ausgestellt. Es sind Klein-Nummern der Dresdener Volksmacht. Nebenher: Was sind denn das für Dinger? fragen unsere harmlosen Leser. Ihr staunt sofort, wenn wir Ihnen sagen: Preussische Novität!
In dem bekannten Rede-Prozess hat das Dresdener Gericht auch die Unbrauchbarkeit der inkriminierten Nummer, Platten und Formen ausgesprochen. Das wurde in der Weise bewerkstelligt, daß man die Matrizen stellenweise glättete, teilweise einriß und die erste Seite der beschlagnahmten ca. 300 Exemplare mit Klein-Nummern überstrich.
Nun hat das gequälte Preußen wieder einmal Ruhe und die 300 Exemplare verblühen als 300 Dokumente der Wit- und Nachwelt, wie man das stolze Wort: „Preußen in der Welt voran!“ in Preußen selbst egruliert.

Die Hamburger Kravalle

werden immer und immer wieder von der bürgerlichen Presse und auch von offiziellen Stellen, so z. B. kürzlich noch von dem hiesigen Bundesratsbevollmächtigten Dr. Altmann im Reichstag, den sozialdemokratischen Arbeitern in die Schuhe geschoben.

Wie unwahr diese Beschuldigung ist, wie wahr dagegen die lebhaften Proteste von Seiten der Wahlrechtskämpfer sind, geht u. a. auch aus einem ganz unverdächtigen, uns zur Verfügung gestellten Privatbrief hervor. Dort heißt es:

Eine Strafe vor besonders stark mit Arbeitern besetzt, unter welchen natürlich auch heruntergekommene Arbeiterlose, halbschlarre und anderer Böbel zu finden waren. Diese haben, nicht die Arbeiter, die Polizei angegriffen. ... Ein zwölfjähriger Knabe, welcher Katechismus ausbreitete, bekam einen lebensgefährlichen Säbelhieb. ...

Was will man also noch? Die Polizei, wie ihre Gegnerschaft sind dadurch zur Genüge charakterisiert. Aber, fragt vielleicht ein Raufwisch, ist der Briefschreiber wirklich unverdächtig? Na, und ob! können wir antworten. Hier der Beweis! Eine andere Stelle desselben Briefes lautet:

Im März ist Ruffertung. Ich will sehen, daß ich es zur Marine komme, wenn mir mein Auge kein Strich durch die Rechnung macht. Ich freue mich auf meine Militärauge.

Wer so militär-, ja marinestromm ist, wird wohl auch allen „Ordnungs“-Männern ein unverdächtiger Zeuge sein.

Die staatsgefährlichen Kinder.

In dem Wetrennen zwischen Preußen und Sachsen im Erfinden neuer Sozialistenscheren ist in diesem Augenblick das kleine Sachsen seinem großen Konkurrenten um eine tüchtige Kasernenlage voran. Und oben in Sachsen steht dabei ein Ort, der vor zwei Jahren in aller Munde war: Crimmitschau.

Der Stadtrat von Crimmitschau hat einigen Schulknaben aus Keilitzheim, seinem Industrie-Bezirk, Strafmanuskripte über 2 bzw. 3 bzw. 5 Mk. gesteuert, weil sie am 21. Januar, am roten Sonntag, durch Zuhlen, Feiern und Rennen in Crimmitschau großen Unruhe verurteilt, auch teilweise den Schulknaben nicht ihre wirtlichen Namen genannt hätten. Die Ermittlung der Täter wurde in der Schule vorgenommen. Die Kinder wurden erzuht, durch Hand-

erheben zu sagen, ob sie am betreffenden Sonntag in Crimmitschau gewesen seien. Auf diese Aufforderung hin hat sich die Mehrzahl der in der Schule anwesenden Kinder gemeldet. Die Schulleute haben sich dann die kleinen roten Missetäter herausgesucht.

O Crimmitschau! O Sachsen! Wie groß ist doch die Weisheit eurer Obrigkeit!

Die Kulturmission v. Puttlamer

in Kamerun, der bekanntlich die Alkoholschlüge angeht wegen Verleumdung, in Wirklichkeit wegen einer Beschwerde über ein lange Jahre, zum Teil 9 Jahre, ins Gefängnis schickte, wird durch eine Eingabe, die die Dualahauptlinge dem Reichstag zugehen ließen, ins rechte Licht gerückt.

Nachdem kein Zweifel sein, daß der edle Testa v. Puttlamer, der Gewaltige von Kamerun, entgegen dem Uebereinkommen, das 1884 von den Dualahauptlingen mit Dr. Nachtigall abgeschlossen wurde, die Dualas systematisch benachteiligt, insbesondere die Rechte des King Alua vertagswidrig angegriffen hat. Letzterer beziffert den ihm dadurch in 16 Jahren zugefügten Schaden auf 10 Millionen Mark. Unverkennbar sind die Allos nur durch ihre Vertauensseligkeit auf Abstellung ihrer Beschwerden, wie sie auch selbst angeben, veranlaßt worden, von Aufständen abzugehen.

Landesverrat

schleppen jetzt die deutschen Kämpfer aus Südwestafrika herbei. Benignitäts sollen dieses Verbrechen die sieben Männer, die arisiert sind, sowie die drei jungen Buren, die schon in Hamburg eingetroffen sind, begangen haben, und die ihnen vom Bezirksgericht in Windhof zudiktirten Strafen von 5½ bis zu 8½ Jahren Gefängnis in Deutschland verhängen. Wir haben indes bekanntlich allen Grund, den Urteilen unserer Kolonialgerichte gegenüber recht vorsichtig zu sein, und das um so mehr, je schwerer die verhängten Strafen sind.

Die sozialdemokratisch ausgehenden Rekruten geben noch immer eine zwar nicht wahre, aber bequeme Begründung für militärische Verleumdungen, um eine milde Beurteilung der Soldatenmissethaten in den militärischen Gerichten nachzulegen. Und mit Erfolg! So hat bei einer kriegsgerichtlichen Verhandlung in Erfurt gegen den Sergeanten Köster aus Gera, der verteidigende Leutnant sich wie folgt ausgesprochen:

Jedes Kind, wenn es in der Schule nichts kann, erhält einen Klaps, also muß es bei den großen Kindern, wenn sie Soldat sind und nicht aufpassen, auch solche kleine Klaps geben. Das heutige Rekrutenmaterial würde schon vorher von sozialdemokratischen Agitatoren verhetzt, sodas die Leute nur unwillig den Befehlen gehorchen.

Und richtig! Der Ankläger beantragte nur 4 Wochen Mittelarrest, und das Gericht war auch nicht viel strenger; es sprach nur 6 Wochen Mittelarrest, wiewohl nach seinem eigenen Urteil 9 Jahre von Wipshandlung und 4 Jahre vorstrafwürdiger Behandlung nachgewiesen wurden. Diese Strafe soll aber — ausdrücklich — als frange Strafe gelten.

Und wie sehen denn nun die „Meinen Klaps“ des Herrn Sergeanten aus? In einigen Fällen hat er es ja noch mit ein paar kräftigen Ohrenschellen, in einem anderen Fall trat er einem schlechten Turner mit dem Stiefel vor das Schienbein, so daß der Kretz mehrere Tage lang dienstunfähig war. Das war auch der Anlaß, daß ein Offizier die Anzeige machte, wodurch erst die „Meinen Klaps“ ans Tageslicht kamen. Die „Meinen Klaps“ sind gleich der Schmerzlosigkeit der Ohrenschellen, die auch in diesem Prozeß wieder betont wurde, ebenso wert der militärischen Gerichtsbarkeit unvergessen zu bleiben, wie die Entbedung der „sozialdemokratisch verhetzten Rekruten“.

Der deutsche „Kamerunwut“ ist ja schon längst zum unüberwindlichen Gemeingut unserer „Patrioten“ geworden.

Ausland.

Sozialdemokratie.

Schweiz. Die Entscheidung in der Militärfrage war die Aufgabe des außerordentlichen, schon erwähnten Parteitag zu Aarau, und sie ist auch gesprochen worden. Mit 204 gegen 25 Stimmen verwarf der Parteitag das Schreiben der antimilitaristischen Liga durch folgende Resolution:

Die sozialdemokratische Partei der Schweiz erstreckt im Grunde mit den sozialdemokratischen Parteien der anderen Länder die Abschaffung aller Kriegsmittel, Waffen und Kriegsmittel unter den zivilisierten Völkern.

Solange dieser Zustand nicht unter den Völkern Mitteleuropas hergestellt ist, anerkennt sie ein Volksherr mit der ausschließlichen Bestimmung der Verteidigung des Landes gegen Angriffe von außen.

Der Parteitag beschloß aber ferner, dem Projekte einer neuen Militärorganisation Opposition zu machen, sofern in dieser nicht auch Garantien gegen die Verwendung von Wehrmännern bei Streiks gegeben sind. Solange diese Garantien nicht gegeben sind, rät die Partei, nach dem Beschluß dieses Parteitages,

den Soldaten, wenn diesen befohlen wird, streifende Arbeiter anzugreifen, oder gegen sie die Waffen zu gebrauchen, den Gehorsam zu verweigern. Die sozialdemokratische Partei wird in solchen Fällen nach Möglichkeit die finanziellen Folgen, die den einzelnen und seine Familie treffen, zu erleichtern suchen und sich zu diesem Zweck mit der gewerkschaftlichen Organisation in Verbindung setzen.

Gewerkschaftliche Arbeiterbewegung.

A. Grundsatz, 19. Febr. In letzter Woche berichteten wir über den Einzug der Reithahn im Baubau elände. Unter anderem haben wir hervorgehoben, daß leicht abgegriffen war und daß es ein Bild zu nennen ist, wenn nicht Menschen unglücklich wurden. Das paßt nun dem Unternehmer, Herrn Verhoff Dürre, Gemeinmeister in Forchheim, nicht in den Ström, und er glaubt, es wäre nicht richtig, was wir geschrieben; er beruft sich dabei auf einige Zimmerer, die bei ihm beschäftigt sind und erzieht sich einfaß, die bei ihm in schwebenden Ausfällen gegen den Einfaßer. Wir können Herrn Dürre aber mitteilen, daß unser Gemeinmeister, die in dem Artikel vorgebrachten Dinge bestätigt und erklärt, daß der Strahl noch viel zu schwebend gedreht war. U. a. möchten wir aber noch anführen, daß ein am Plage tätiger Maurermeister, Herr Dorn aus Helmshelm, die Leute auf die drohende Gefahr aufmerksam machte. Sollte dies Herrn Dürre noch nicht genügen, dann können wir noch mehr mitteilen.

Forchheim, 19. Febr. Zur Ueberwindung der 200 Arbeiter im Baubau bei Herrn Dürre ist nachzutragen: Die angeführte Behauptung wurde von jenen des Arbeitgeber als ein „Körperkennzeichen“ bezeichnet; sie war angeblich nicht bestätigt. Vom 1. März wird eine 1/2tägige Mittagspause eingeführt, so daß die Arbeitszeit noch 9 1/2 Stunden beträgt. Ueberstunden sollen möglichst vermieden werden. Ueber den Mittagspausen werden die Arbeitsräume geschlossen. Beginn und Ende der Arbeitszeit wird durch ein Zeichen bekannt gegeben. Auch wird ein Arbeiterausflug eingeführt.

Bezeichnend in dieser Angelegenheit ist, daß die Zahl der in Betracht kommenden Arbeiter, im Vergleich mit der Zahl der Arbeiter, die in der Partei organisiert sind, sehr gering ist. Die Partei hat sich in der Sache nicht so verhalten, wie man erwarten sollte. Die Partei hat sich nicht so verhalten, wie man erwarten sollte.

Ueberach, 18. Febr. Der Ausbruch der Arbeiterbewegung in der West. Rheinprovinz der Firma Wüller u. Gieseler dauert unablässig fort. Herr Wüller ist eifrig bemüht, Arbeiterfamilien aus dem Schmaragd herbeizuliefern, womit er bis jetzt aber kein Glück hatte. Wenn die Leute hier die Lebensverhältnisse am hiesigen stehenden Arbeitslohn der obigen Firma angefaßt haben, ziehen sie es vor, Herrn Wüllers Bedingungen nicht anzunehmen. Am Mittwoch dieser Woche werden einige Streikende vor dem hiesigen Schöffengericht wegen angeblicher Verleumdung der Arbeiter wegen der Verleumdung durch einen Artikel der Arbeiterzeitung, der ihn als „Schwarzfäher“ bezeichnet; infolgedessen muß auch Herr Wüller als Verantworflicher vor dem Audi erscheinen. Glaubt man wirklich auf diese Weise die streifenden Arbeiter mürbe machen zu können?

Badische Chronik.

Forchheim, 20. Febr. Der Mitgliederklub der Forchheimer Ortskrankenkasse ist ein Gradmesser für den Aufschwung der hiesigen Industrie. Während am 1. Jan. 1906 die Mitgliederzahl 2140 betrug, wurden am 1. Januar 1905 zusammen 26300 gezählt. Davon sind 11810 männliche und 13660 weibliche Mitglieder. Im Vorjahre überwiegen die weiblichen um 233 die Zahl der männlichen Mitglieder. Zu Beginn dieses Jahres ist die Differenz nur noch 1800. Unter den am 1. Januar 1905 gezählten sind 1901 freiwillig Versicherte, unter welchen die weiblichen mit 1771 weit überwiegen.

* Forchheim, 19. Febr. Der Brandstahl der Kargenfabrik Wühlhänger u. Söhne brach am. Große Tabakvorräte gingen zugrunde. Der Schaden beträgt über 60 000 Mk.

Gemeindezeitung.

Ans Wörth sendet uns Genosse Alois Dees folgende Erklärung zu: Herr Oberlehrer Kästlein hat am 8. Februar in der Lehrerkonferenz die Beschlüsse der Gemeindevorstandung über die Vergrößerung der Gemeindezeitung aufgeführt. Ich hätte in der Bürgerausführung von monatlich 10 Mk. Ich erkläre dies als eine Unwahrscheinlichkeit. Mitglied des Bürgerauschusses.

* Forchheim, 19. Febr. Bei der heute stattgefundenen Bürgerausführung erhielt das Zentrum 547 Stimmen, die Gegner 484. Von 1590 Wählern stimmten 981 ab.

Forchheim, Bürgerausführung vom 15. Februar. (Schluß.) Mit dem zweiten Punkt der Tagesordnung betr. die Schulhausbauten im Stühlinger Weid (Krausen- und Wäldchenstraße), war ein Antrag verbunden, eine Einweihungsfeier gegen die Pfarrkuratie einzuleiten. Der Antrag war indes durch einen Vergleich erledigt, nach welchem die Kuratie ihren Teil auf den Kirchhof gegen einen Platz auf dem von der Stadt erworbenen Kammererischen Arealen ausstufte. Von beiden Schulhäusern soll zunächst eines erstellt werden, das zweite sobald sich das Bedürfnis ergibt. Stadtrat Meier begründete die Vorlage, die allerdings ein Million Mark erfordere, damit, daß mit Beginn des neuen Schuljahres alle Schulhäuser besetzt sein werden. Auch der Stadtvorstandesmitglied empfahl Annahme der Vorlage, indem er sich zugleich gegen den Wunsch des Stühlinger Lokalvereins, einen anderen Platz zu suchen, wendete; auch die als Punkt 3 erhaltene Vorlage empficht er zur Annahme, da beide Vorlagen in einem gewissen Zusammenhang stehen. Punkt 3 wird auf Antrag mit der Debatte gestellt, er betrifft den Kauf des Kammererischen Grundstücks zwischen Egon und Wäldchenstraße, das 7893 Quadratmeter groß ist und 197 3/4 Mk. kostet; 1200 Quadratmeter werden in den nächsten Jahren durch einen Pfarrhaus-Bauplatz abzugeben.

Stadtv. Auerer hofft, daß die Vorlagen einstimmig angenommen werden, da das Bedürfnis vorhanden sei, hätte es aber lieber geheißen, wenn der Kirchhof frei geblieben wäre. Des weiteren möchte er, daß die Kuratie auch zum Turm und nicht zu einem anderen Zweck verwendet werde. Es sei der Wunsch der hiesigen Arbeiter, daß die Steinbauarbeiten am Ort angefertigt werden. Leider habe der Stadtrat eine diesbezügliche Petition der Bauarbeiterkommission abgelehnt. Dies bedeute eine Schädigung der Arbeiter und der Gemeintheit, denen wenig damit gedient sei, wenn die Steinbauarbeiten die Arbeit erhalten, aber auswärts anfertigen lassen.

Stadtv. Ganderberger bringt die schon im vorigen Bericht erwähnten Wünsche des Stühlinger Lokalvereins vor. Stadtv. Ganderberger ist der Ansicht, daß sowohl Kirche wie Schulhaus durch die geplante Ausführung nur gewinnen werden.

Stadtv. Auerer hofft, daß die Vorlagen einstimmig angenommen werden, da das Bedürfnis vorhanden sei, hätte es aber lieber geheißen, wenn der Kirchhof frei geblieben wäre. Des weiteren möchte er, daß die Kuratie auch zum Turm und nicht zu einem anderen Zweck verwendet werde. Es sei der Wunsch der hiesigen Arbeiter, daß die Steinbauarbeiten am Ort angefertigt werden. Leider habe der Stadtrat eine diesbezügliche Petition der Bauarbeiterkommission abgelehnt. Dies bedeute eine Schädigung der Arbeiter und der Gemeintheit, denen wenig damit gedient sei, wenn die Steinbauarbeiten die Arbeit erhalten, aber auswärts anfertigen lassen.

Stadtv. Ganderberger bringt die schon im vorigen Bericht erwähnten Wünsche des Stühlinger Lokalvereins vor. Stadtv. Ganderberger ist der Ansicht, daß sowohl Kirche wie Schulhaus durch die geplante Ausführung nur gewinnen werden.

Stadtv. Auerer hofft, daß die Vorlagen einstimmig angenommen werden, da das Bedürfnis vorhanden sei, hätte es aber lieber geheißen, wenn der Kirchhof frei geblieben wäre. Des weiteren möchte er, daß die Kuratie auch zum Turm und nicht zu einem anderen Zweck verwendet werde. Es sei der Wunsch der hiesigen Arbeiter, daß die Steinbauarbeiten am Ort angefertigt werden. Leider habe der Stadtrat eine diesbezügliche Petition der Bauarbeiterkommission abgelehnt. Dies bedeute eine Schädigung der Arbeiter und der Gemeintheit, denen wenig damit gedient sei, wenn die Steinbauarbeiten die Arbeit erhalten, aber auswärts anfertigen lassen.

Stadtv. Ganderberger bringt die schon im vorigen Bericht erwähnten Wünsche des Stühlinger Lokalvereins vor. Stadtv. Ganderberger ist der Ansicht, daß sowohl Kirche wie Schulhaus durch die geplante Ausführung nur gewinnen werden.

Stadtv. Auerer hofft, daß die Vorlagen einstimmig angenommen werden, da das Bedürfnis vorhanden sei, hätte es aber lieber geheißen, wenn der Kirchhof frei geblieben wäre. Des weiteren möchte er, daß die Kuratie auch zum Turm und nicht zu einem anderen Zweck verwendet werde. Es sei der Wunsch der hiesigen Arbeiter, daß die Steinbauarbeiten am Ort angefertigt werden. Leider habe der Stadtrat eine diesbezügliche Petition der Bauarbeiterkommission abgelehnt. Dies bedeute eine Schädigung der Arbeiter und der Gemeintheit, denen wenig damit gedient sei, wenn die Steinbauarbeiten die Arbeit erhalten, aber auswärts anfertigen lassen.

Stadtv. Ganderberger bringt die schon im vorigen Bericht erwähnten Wünsche des Stühlinger Lokalvereins vor. Stadtv. Ganderberger ist der Ansicht, daß sowohl Kirche wie Schulhaus durch die geplante Ausführung nur gewinnen werden.

Stadtv. Auerer hofft, daß die Vorlagen einstimmig angenommen werden, da das Bedürfnis vorhanden sei, hätte es aber lieber geheißen, wenn der Kirchhof frei geblieben wäre. Des weiteren möchte er, daß die Kuratie auch zum Turm und nicht zu einem anderen Zweck verwendet werde. Es sei der Wunsch der hiesigen Arbeiter, daß die Steinbauarbeiten am Ort angefertigt werden. Leider habe der Stadtrat eine diesbezügliche Petition der Bauarbeiterkommission abgelehnt. Dies bedeute eine Schädigung der Arbeiter und der Gemeintheit, denen wenig damit gedient sei, wenn die Steinbauarbeiten die Arbeit erhalten, aber auswärts anfertigen lassen.

Stadtv. Ganderberger bringt die schon im vorigen Bericht erwähnten Wünsche des Stühlinger Lokalvereins vor. Stadtv. Ganderberger ist der Ansicht, daß sowohl Kirche wie Schulhaus durch die geplante Ausführung nur gewinnen werden.

Aus der Residenz.

* Karlsruhe, 20. Febr.

Bürgerausführung.

Es waren in der Hauptsache zwei Punkte, die in der Sitzung des Gewerkschaftsausschusses zur Verbesserung unserer Straßeneinrichtungen in Betracht kommen. Die erste betrifft die Vergrößerung der Straßeneinrichtungen, die zweite die Vergrößerung der Straßeneinrichtungen. Die erste betrifft die Vergrößerung der Straßeneinrichtungen, die zweite die Vergrößerung der Straßeneinrichtungen.

